



Mit dem Export aus der Krise? Deutschland im Euroraumvergleich

Heike Joebges, Fabian Lindner, Torsten Niechoj

Das Wachstum zieht wieder an. Hat die deutsche Wirtschaft damit die Krise überwunden und ist auf gutem Weg zu einem stabilen Wachstumspfad? Richtig ist, dass in der Krise wirtschaftspolitisch erfolgreich agiert wurde. Die Konjunkturprogramme kamen zwar spät, waren aber effektiv. Der Bankensektor wurde stabilisiert und Beschäftigung weitgehend gehalten. Die Konjunkturprogramme und die stabil gebliebenen Importe haben auch die anderen Euroraumländer stabilisiert. Dieser Erfolg beruht auf einer Binnenorientierung der deutschen Wirtschaft in der Krisenzeit, die aber nicht von langer Dauer sein dürfte. Denn wieder sieht es danach aus, dass Wachstum und Beschäftigung vor allem durch Exportüberschüsse geschaffen werden sollen. Dieses Wachstumsmodell war aber in der Vergangenheit gesamtwirtschaftlich nicht besonders erfolgreich. Zum einen blieben die Wachstumsraten seit der Euro-Einführung 1999 bis zur Krise trotz der Exportüberschüsse unterhalb des Euroraumdurchschnitts. Zum anderen hat die Lohnzurückhaltung in Deutschland die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der anderen Länder des Euroraums untergraben und damit zur Entstehung hoher Auslandsschulden einiger Euroraumländer beigetragen. Soll sich diese wenig erfolgreiche Bilanz seit Euro-Einführung nicht nach der Krise fortsetzen, müssten in Deutschland dauerhaft die Binnennachfrage und damit auch die Importe gestärkt werden. Dafür sollten die Lohnsteigerungen den Verteilungsspielraum ausschöpfen, und der Staat müsste stärker in Infrastruktur und Bildung investieren.

Trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise wächst die deutsche Wirtschaft wieder kräftig. Am 14. August meldete das Statistische Bundesamt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2010 um 2,2 % im Vergleich zum Vorquartal zugenommen hat (Destatis 2010). Dies ist ein außergewöhnlicher Zuwachs. Seit der Wiedervereinigung hat das deutsche BIP im Quartalsvergleich nicht mehr so stark zugelegt. Aufgrund

seiner hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit profitiert Deutschland derzeit wie kein anderes Land von der Erholung der Weltwirtschaft. Damit scheint die deutsche Wirtschaft trotz massiver realwirtschaftlicher Folgen der Finanzkrise aktuell gut dazustehen, wenngleich das Vorkrisenniveau noch lange nicht erreicht ist. Ist in Deutschland also wirtschaftspolitisch alles richtig gemacht worden?

Die Antwort auf diese Fragen fällt je nach Fokus unterschiedlich aus. Für ein Ja spricht, dass Deutschlands Wirtschaftspolitik während der Wirtschaftskrise erfolgreich war und sowohl die deutsche als auch die europäische Wirtschaft stabilisiert hat. Die staatlichen Konjunkturprogramme haben verspätet, aber dann kräftig einen großen Teil der ausfallenden privaten Nachfrage kompensiert. Gleichzeitig hat die Regierung das Bankensystem vorerst stabilisiert. Auch ein krisenbedingter Beschäftigungsabbau konnte trotz des höchsten Rückgangs der Wirtschaftsleistung seit Be-

| | |
|---|----|
| 1. Fehlentwicklungen seit Einführung des Euros | 2 |
| 2. Krisenauswirkungen verringern Divergenzen im Euroraum | 11 |
| 3. Erneute Ausweitung der Ungleichgewichte droht | 15 |
| 4. Umorientierung auf binnengetriebenes Wachstum hilft Deutschland und dem Euroraum | 17 |
| 5. Fazit | 18 |
| Literatur | 19 |

stehen der Bundesrepublik weitgehend vermieden werden. Dazu haben maßgeblich die von Arbeitgebern und Gewerkschaften vor der Krise ausgehandelten tarifvertraglichen und betrieblichen Regeln zu flexiblen Arbeitszeiten beigetragen. Die staatlich unterstützte Kurzarbeit half zusätzlich bei der Vermeidung von Entlassungen. In der Folge blieb der Konsum stabil. Damit wurden auch die Importe aus anderen Mitgliedsstaaten gestützt, was insgesamt krisenentschärfend für den gesamten Euroraum gewirkt hat.

Dafür, dass in Deutschland wirtschaftspolitisch nicht alles richtig gemacht wurde, spricht, dass Deutschland nach entscheidenden volkswirtschaftlichen Indikatoren vor der Krise nicht sonderlich erfolgreich war: Trotz seiner Position als Exportweltmeister gehörte Deutschland sowohl beim Wirtschaftswachstum als auch bei der Beschäftigungsentwicklung zu den Schlusslichtern des Euroraums seit seinem Bestehen. Zudem gingen die deutschen Handelsüberschüsse mehrheitlich auf Kosten der anderen Euro-raumländer, die spiegelbildlich im Handel mit Deutschland Defizite aufgebaut haben. Diese Entwicklungen führten zum Anwachsen von wirtschaftlichen Leistungsbilanzungleichgewichten im Euroraum.

Angesichts des bisherigen Wachstumsmodells droht die Gefahr, dass Deutschland auch nach der Krise vor allem wieder auf Exportüberschüsse als Wachstumstreiber setzt. Das dürfte nicht nur erneut mit schwachem Wachstum in Deutschland einhergehen, sondern auch verheerende Folgen für den Euroraum haben. Denn Länder mit in der Vergangenheit großen Leistungsbilanzdefiziten müssen jetzt sowohl Schulden abbauen als auch ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Damit dürften Investitionen unterbleiben und Lohnzuwächse gering ausfallen. Beides belastet die Nachfrage – auch nach deutschen Produkten. Deswegen müssten diese Länder vermehrt Wachstum über den Außenhandel erzielen. Deutschland als Land mit den höchsten Handelsüberschüssen im Euroraum sollte den Ländern mit Wachstumsschwierigkeiten einen Markt für deren Exporte bieten. Dazu müsste die Binnennachfrage gefördert werden, was zugleich Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in Deutschland heben würde.

Der Report behandelt die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland im Vergleich zu anderen Euro-raumländern. Er ist wie folgt aufgebaut. Im ersten Teil werden die Fehlentwicklungen im Euroraum seit der Euroeinführung diskutiert. Im zweiten Teil werden die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die einzelnen Mitgliedsländer dargestellt. Im dritten Teil wird die Gefahr einer erneuten Ausweitung der Ungleichgewichte nach der Krise diskutiert und im vierten Teil werden

wirtschaftspolitische Empfehlungen – vor allem für Deutschland – abgeleitet.

1. Fehlentwicklungen seit Einführung des Euros

Seit Einführung des Euros haben die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit und den Leistungsbilanzsal-den der Euroraummitglieder stetig zugenommen. Da Leistungsbilanzdefizite mit einer Verschuldung gegenüber dem Ausland einhergehen, bergen stetige Defizite eines Landes die Gefahr von Zahlungsschwierigkeiten und Überschuldung (*Kasten Wieso sind Leistungsbilanzungleichgewichte ein Problem?*). Die wirtschaftspolitischen Institutionen des Euroraums sehen jedoch keine geeigneten Instrumente vor, um auf das wirtschaftliche Auseinanderdriften seiner Mitgliedsländer zu reagieren und die Verfestigung solcher Ungleichgewichte zu unterbinden, bevor deren negative Folgen virulent werden.

So richtet sich die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihrer Zinspolitik am ganzen Euroraum aus. National unterschiedliche Wachstums- und Inflationsraten lassen sich damit nicht mehr adressieren, da für den ganzen Euroraum nur ein nominaler Zins gilt.

Für die Fiskalpolitik gibt es mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) zwar einen Rahmen für eine gemeinsame Fiskalpolitik der EU-Staaten. Der Pakt sieht aber nur vor, dass das Budgetdefizit eines Mitgliedslandes 3 % des BIP nicht übersteigen darf und die Staatsverschuldung bei 60 % des BIP stabilisiert werden soll. Damit fokussiert er nur auf die Begrenzung staatlicher Defizite, hilft aber nicht dabei, auseinander laufende wirtschaftliche Entwicklungen der Länder zu begrenzen.

Auch für die Lohnpolitik sind auf europäischer Ebene so gut wie keine institutionellen Vorkehrungen für auseinanderlaufende Entwicklungen getroffen worden. Die auseinanderlaufende Lohnentwicklung ist einer der Hauptgründe für die wirtschaftlichen Ungleichgewichte des Euroraums.

Das Fehlen von Instrumenten, mit denen einer Auseinanderentwicklung im Euroraum entgegengewirkt werden kann, hatte zwei gravierende realwirtschaftliche Folgen:

1. Wegen einer fehlenden Koordination der Lohnpolitik führten Auseinanderentwicklungen von Löhnen und Preisen in den Mitgliedstaaten aufgrund des einheitlichen Nominalzinses zu divergierenden Realzinsen.¹ Das niedrige Realzinsniveau in den Ländern mit hohen Preissteigerungen erleichterte über

¹ Die Realzinsen ergeben sich als Nominalzinsen minus (erwarteter) Inflationsrate. Sie sind zentral für die privaten Investitionsentscheidungen.

Wieso sind steigende Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzsalden ein Problem?

Die Leistungsbilanz eines Landes erfasst vor allem den Austausch von Waren und Dienstleistungen mit dem Ausland. Daneben werden auch Einkommensströme mit dem Ausland erfasst, also sowohl grenzüberschreitende Löhne und Gehälter als auch Kapitalerträge. Zusätzlich enthält sie auch die laufenden Transfers wie z.B. Mitgliedsbeiträge an internationale Organisationen.

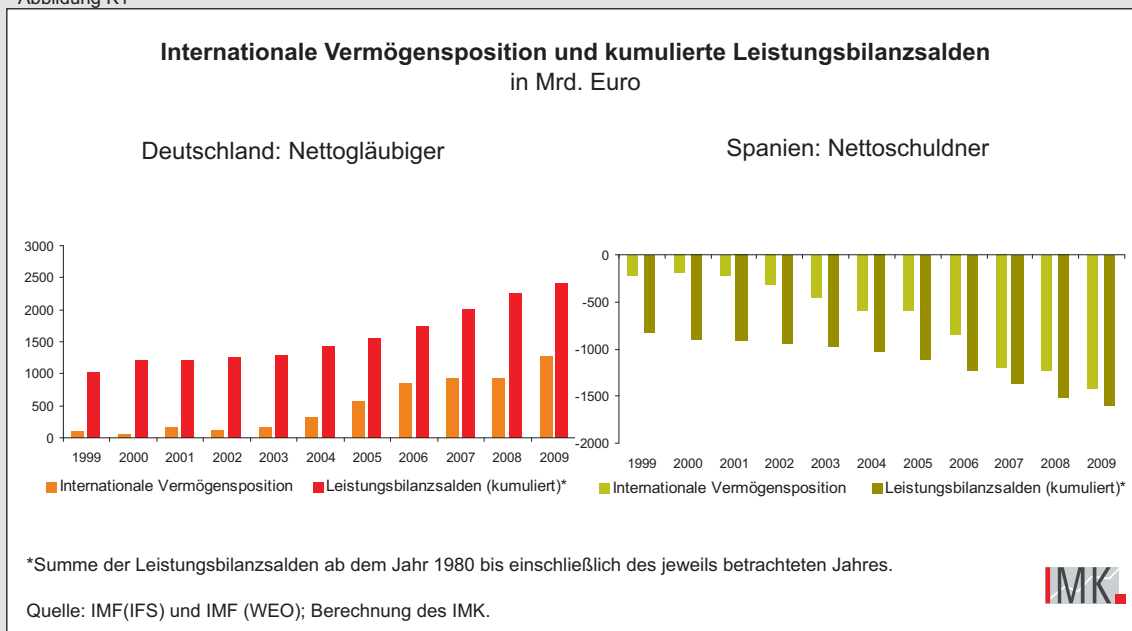
Für große Länder wird die Leistungsbilanz vor allem durch die Handelsbilanz bestimmt, also der Differenz aus Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen. Ist die Handelsbilanz im Defizit – wird also mehr importiert als exportiert – ist meistens auch die Leistungsbilanz im Defizit.² Umgekehrt geht ein Handelsbilanzüberschuss meistens mit einem Leistungsbilanzüberschuss einher.

Leistungsbilanzdefizite müssen finanziert werden. Das heißt: Importiert ein Land mehr als es exportiert, muss es dafür Kredite aus dem Ausland aufnehmen, um die Importe zu finanzieren. Umgekehrt gibt ein Land mit einem Leistungsbilanzüberschuss in diesem Ausmaß Kredite ans Ausland. Mit „ein Land“ sind alle Sektoren der Volkswirtschaft gemeint; also der Staat, die Haushalte und die Unternehmen.

Andauernde Leistungsbilanzdefizite eines Landes führen damit zu steigenden Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland. Damit steigt die Nettoverschuldung dieses Landes gegenüber dem Ausland. Umgekehrt führen andauernde Leistungsbilanzüberschüsse zu einer Nettogläubigerposition. Das wird in Abbildung K1 beispielhaft für Spanien, einem Nettoschuldner, und Deutschland, einem Nettogläubiger, gezeigt. In der Abbildung werden die jeweiligen internationalen Vermögenspositionen den kumulierten Leistungsbilanzsalden gegenübergestellt. Die Berechnung der kumulierten Leistungsbilanzsalden erfolgte durch Addition der Salden (mangels verfügbarer Daten erst) ab dem Jahr 1980 bis zum jeweils betrachteten Jahr, um den Bestand an Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland aus den vergangenen Transaktionen mit dem Ausland sichtbar zu machen. Wie in der Abbildung zu sehen ist, sind die kumulierten Leistungsbilanzsalden maßgeblich für die internationale Vermögensposition.

Die Differenz zwischen der Internationalen Vermögensposition und den kumulierten Leistungsbilanzsalden erklärt sich zum einen aus der nicht vollständigen Kumulation der Leistungsbilanzsalden mangels verfügbarer Daten. Zum anderen erfassen die Leistungsbilanzsalden nicht alle Transaktion. Einmalige Ver-

Abbildung K1



² Eine Ausnahme stellt Irland dar, das trotz hoher Außenhandelsüberschüsse eine negative Leistungsbilanz aufweist. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass mehr Kapital- und Arbeitseinkommen aus dem Land abfließt als einfließt (European Commission 2010, S. 62ff.).

mögensübertragungen zwischen Ländern wie z.B. Schuldenerlässe fließen dort nicht ein. Noch relevanter für die Differenz sind aber Bewertungsänderungen der Vermögenspreise und der Wechselkurse.

Länder können aber nur dann Leistungsbilanzdefizite haben, wenn andere Länder Leistungsbilanzüberschüsse erzielen. In der Summe müssen sich alle Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite zwischen den Ländern der Welt zu null addieren. Haben bestimmte Länder nun über längere Zeit ein Leistungsbilanzdefizit, müssen gleichzeitig andere Länder ihnen diese Defizite über Kredite ermöglicht haben. Die Schulden der Defizitländer sind damit das Vermögen der Überschussländer, d.h. ohne Gläubiger gibt es keine Schuldner.

Eine stetig steigende Nettoverschuldung gegenüber dem Ausland wird früher oder später dazu führen, dass die Zahlungsfähigkeit dieses Landes angezweifelt wird. Damit steigt mit den Leistungsbilanzdefiziten auch die Gefahr einer Schuldenkrise. Weil es ohne Gläubiger keine Schuldner gibt, sind von einer Schuldenkrise nicht nur die Schuldnerländer, sondern auch die Gläubigerländer betroffen. Um eine Schuldenkrise zu vermeiden, müsste ein Land mit einer Nettoverschuldung gegenüber dem Ausland diese abbauen, indem es selbst Leistungsbilanzüberschüsse erzielt. Das bedeutet aber, dass Länder, die vorher selbst Überschüsse erzielten, zu Defizitländern werden müssen.

die niedrigen Kreditzinsen die Kreditaufnahme – für Investitionen, Immobilienkäufe und privaten Konsum – und kurbelte zusammen mit der höheren Konsumnachfrage aufgrund höherer Löhne die Binnenwirtschaft an. In den Ländern mit niedrigen Lohn- und Preisniveausteigerungen wurde die binnenwirtschaftliche Entwicklung dagegen unverhältnismäßig gebremst.

- Die divergierenden Lohnentwicklungen führten zu einer Auseinanderentwicklung der Lohnstückkosten und damit der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Länder mit Lohnsteigerungen über dem Durchschnitt des Euroraums ohne entsprechende Produktivitätsanstiege verloren kumulativ an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Das schlug sich in steigenden Außenhandelsdefiziten und einer steigenden Schuldenlast nieder. Länder mit unterdurchschnittlichen Lohnsteigerungen gewannen dagegen kontinuierlich an Wettbewerbsfähigkeit dazu und konnten so ihre Handelsüberschüsse ausbauen.

Diese beiden Effekte haben in der Währungsunion bis zur Krise zu großen Ungleichgewichten geführt. Entsprechend lassen sich zwei Ländergruppen mit konträren Entwicklungen identifizieren: zum einen Deutschland, Österreich und die Niederlande als Leistungsbilanzüberschussländer mit gesteigener preislicher Wettbewerbsfähigkeit und zum anderen Griechenland,³ Portugal, Italien, Irland und Spanien als Leistungsbilanzdefizitländer mit einer stetigen Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

³ Griechenland ist der Währungsunion erst 2001 beigetreten und hat seitdem permanent an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verloren. Vorher jedoch waren die Anstiege der Lohnstückkosten durch die Abwertung der nationalen Währung mehr als kompensiert worden.

Die zweite Gruppe sah sich deswegen im Zuge der Krise auch Spekulationen an den Finanzmärkten ausgesetzt, sie ist aber hinsichtlich Wachstum, Produktivitäts- und Preisentwicklung heterogener als die Gruppe der Überschussländer (siehe dazu die nachfolgenden Abbildungen sowie Joebges/Niechoj 2010). Zusätzlich wird mit Frankreich das zweitgrößte Land im Euroraum und ein wichtiger Handelspartner Deutschlands betrachtet. Es weist bis zur Krise einen relativ ausgeglichenen Leistungsbilanzsaldo auf. Die Entwicklung kleinerer Euroraumländer bleibt unberücksichtigt, die behandelten Länder decken über 90 % der Wirtschaftskraft des Euroraums ab.

Nachfolgend werden die jeweiligen Lohn- und Preisentwicklungen seit Euro-Einführung am 1. Januar 1999 bis Ende 2007, dem letzten Jahr vor Beginn der Rezession, auf gezeigt. Die Abbildungen weisen zusätzlich auch noch die Jahreswerte bis 2009 aus. Zunächst werden die Auswirkungen für die inländische Nachfrage besprochen.

In Deutschland und Österreich wuchsen die Arbeitnehmerinkommen schwächer, in Griechenland, Irland, Spanien und Portugal stiegen sie dagegen stärker als der Durchschnitt des Euroraumes. Während die Effektivlöhne je Stunde in Deutschland von Beginn der Währungsunion bis Ende 2007 nur um 16 % zunahm, lag der durchschnittliche Anstieg im Euroraum bei 27 %. Irland weist mit 72 % in diesem Zeitraum den höchsten Zuwachs auf (Abbildung 1). Während Griechenland, Irland, Spanien und Portugal sowie – in geringerem Maße – auch Italien infolgedessen ständig Preissteigerungsraten über dem Durchschnitt des Euroraumes verzeichneten, blieben die Zuwächse in Deutschland, Frankreich und Österreich beständig darunter, wie die Inflationsdifferenzen zum

Abbildung 1

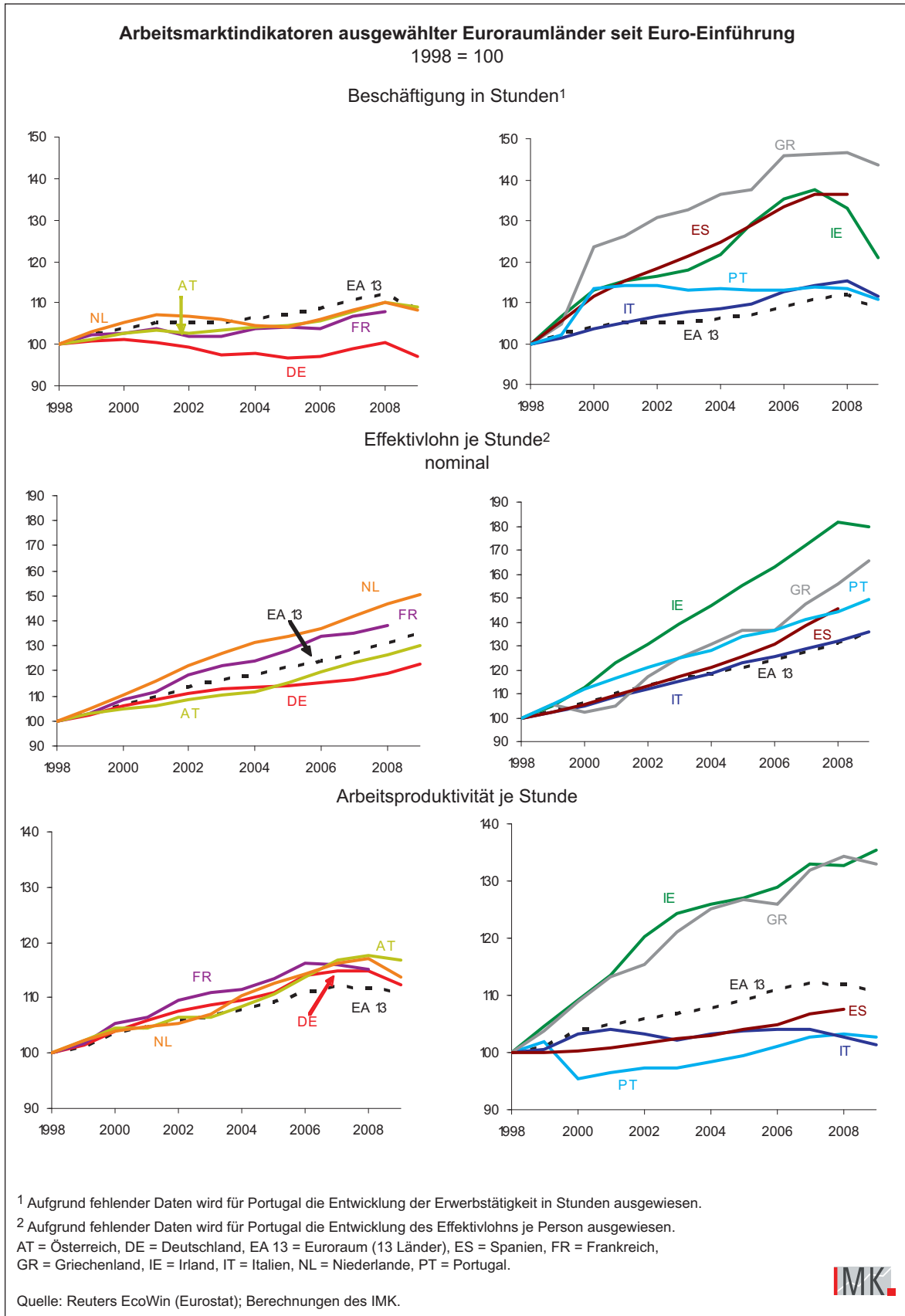


Abbildung 2

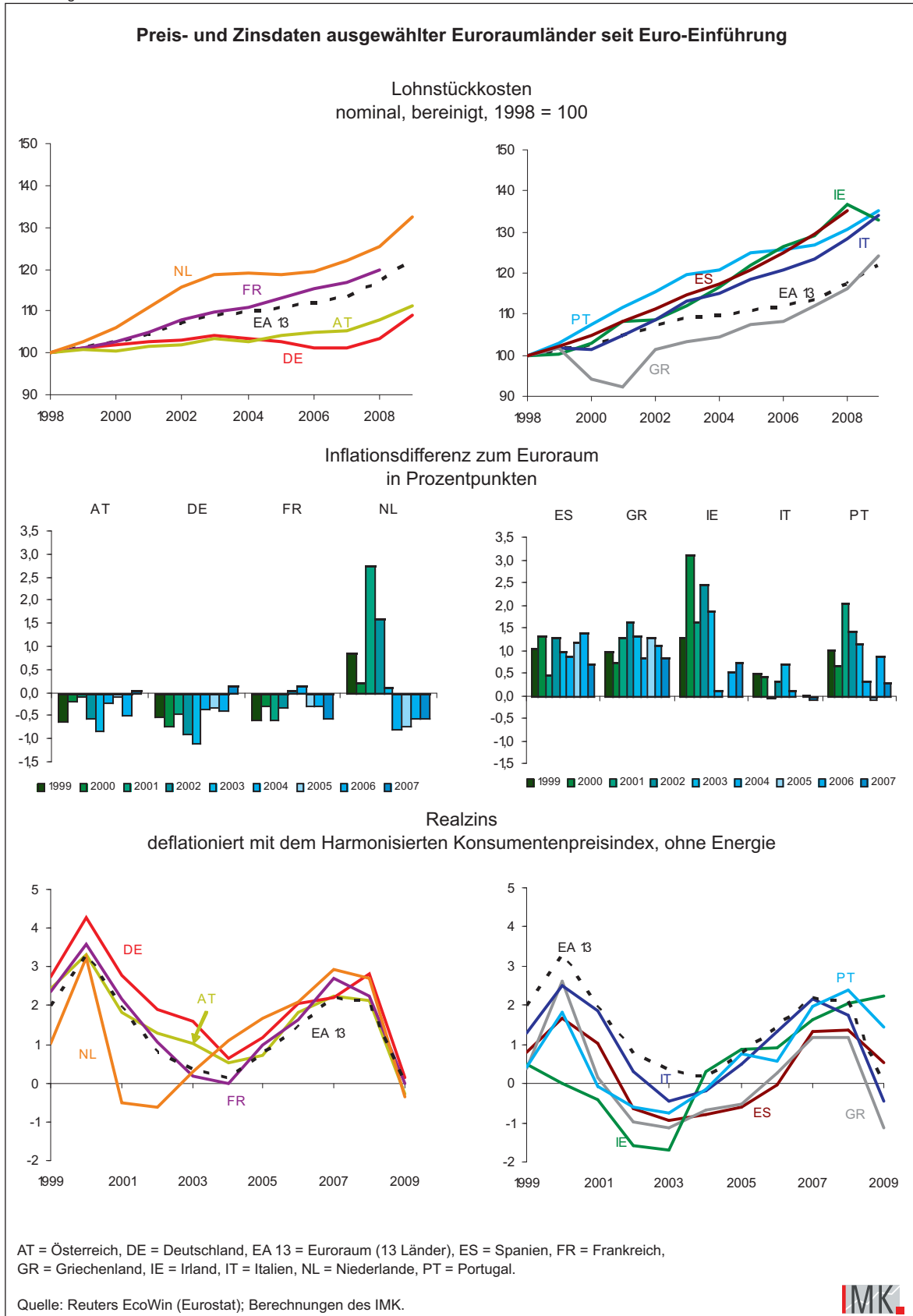
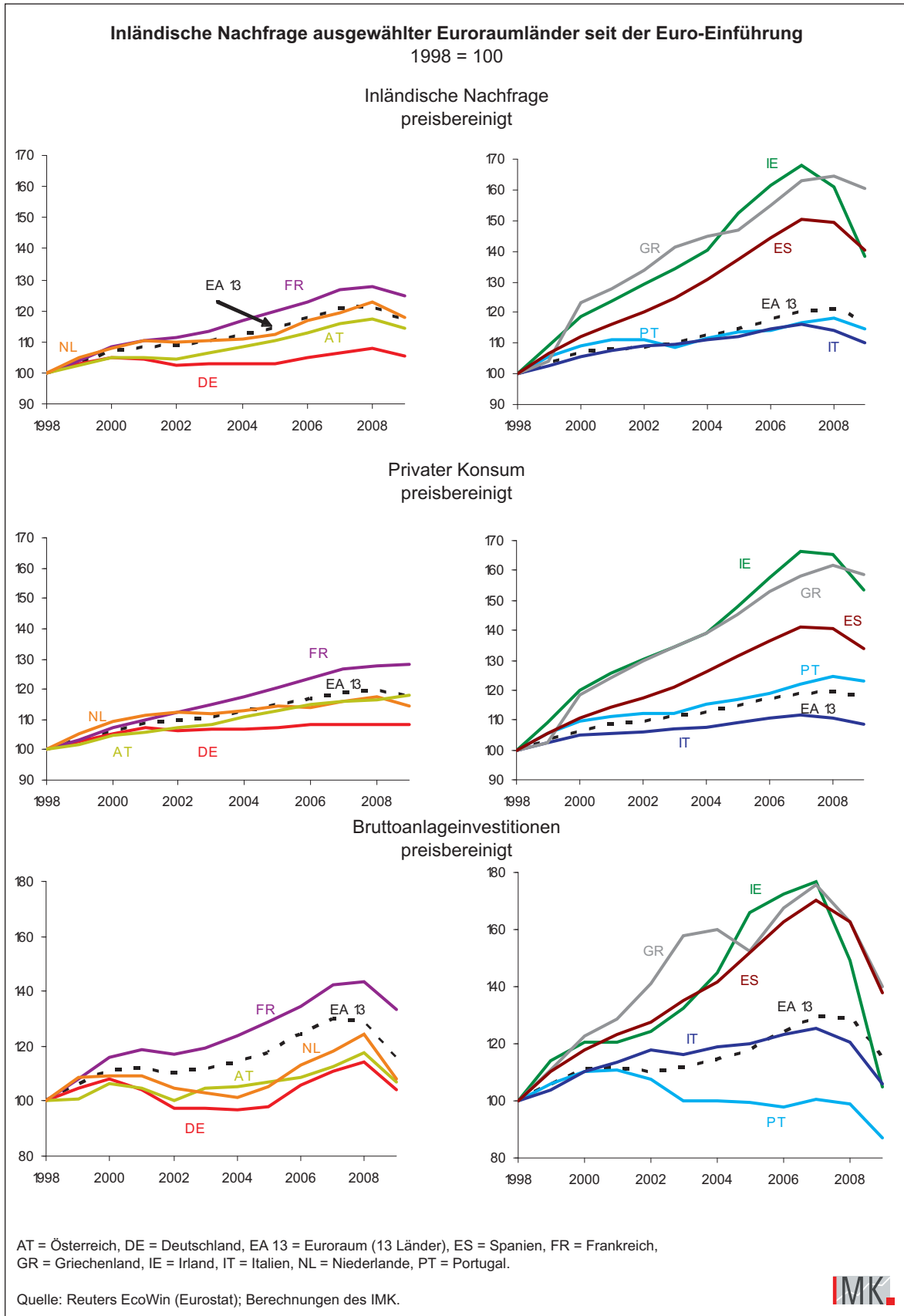


Abbildung 3



Euroraum in Abbildung 2 zeigen. In Deutschland, Österreich und Frankreich waren diese negativ, ebenso wie in den Niederlanden ab dem Jahr 2004, während die anderen hier betrachteten Länder positive Abweichungen verzeichneten (Abbildung 2). Interessant ist, dass Frankreichs Preissteigerungsraten trotz überdurchschnittlicher Lohnzuwächse unter denen des Euroraumes blieben. Italien dagegen wies trotz Lohnzunahmen auf Euroraum-Durchschnitt deutlich stärkere Preisanstiege auf. Bei den Niederlanden zeigt sich eine gebrochene Preisentwicklung: Bis einschließlich 2004 hatten die Lohnzuwächse deutlich über denen des Euroraumes gelegen. Dieser Trend wurde durch einen Sozialen Pakt zwischen der niederländischen Regierung und den Gewerkschaften gebrochen, die sich im Oktober 2003 darauf einigten, für zwei Jahre die Löhne einzufrieren (Schulten/Mülhaupt 2003). Die damit einhergehende Erwartung deutlich geringerer Lohnzuwächse schlug sich bereits ab 2004 in unterdurchschnittlichen Preisanstiegen gegenüber dem Euroraum nieder. Vorher hatte das Land im Vergleich zum Euroraum eine höhere Inflation verzeichnet.

Die Unterschiede in den Inflationsraten spiegeln sich angesichts der einheitlichen Geldpolitik direkt in den Realzinsdifferenzen: In Griechenland, Irland, Spanien und Portugal (und in geringerem Maße auch in Italien) lagen die Realzinsen deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt. Über längere Zeiträume waren die Realzinsen sogar negativ. In Deutschland und Österreich lagen sie dagegen deutlich über dem Durchschnitt, so auch in den Niederlanden ab 2004 (Abbildung 2). Am deutlichsten war der Abstand für Deutschland, dessen Realzinsen im Mittel immer 0,7 Prozentpunkte über denen des Euroraums lagen.

Niedrige reale Kreditzinsen erleichtern Investitionen, während höhere Löhne den Konsum fördern. In Griechenland, Irland und Spanien stieg folglich die Binnennachfrage – also privater Konsum, private Investitionen und Staatsausgaben – mit gut 50 % und mehr bis 2007 – deutlich kräftiger als im restlichen Euroraum (Abbildung 3). Durch steigende Löhne und niedrige Realzinsen wurde auch der Boom auf dem Immobilienmarkt befördert, wie ein Vergleich der Immobilienpreise zeigt: Spanien, Irland und Frankreich verzeichneten im Mittel jedes Jahr zweistellige Wachstumsraten. Auch in Griechenland war der Wertzuwachs von Immobilien mit durchschnittlich jährlich 9 % sowie in den Niederlanden und Italien mit 7 % noch bemerkenswert hoch (Abbildung 4).

In den Ländern mit real hohen Zinsniveaus und geringen Lohnzuwächsen wie Deutschland und Österreich entwickelte sich die Binnennachfrage dagegen

schwach. In Deutschland stagnierte sie nahezu: Im Jahr 2007 lag sie nur 6 % höher als zu Beginn der Währungsunion (Abbildung 3). Unter den Ländern mit vergleichsweise hohen Realzinsen verlief lediglich Frankreichs Entwicklung positiv. Das lag zum einen daran, dass die im Vergleich zum Euroraum höheren Lohnzuwächse den Konsum stützten. Zum anderen gab der Staat mehr aus als in Deutschland. In Deutschland sanken die Staatsausgaben real sogar (Bofinger 2008), was die Binnennachfrage damit noch zusätzlich schwächte (Horn et al. 2010a).

Insgesamt wirkten die Realzinsen daher in vielen Ländern prozyklisch. In Ländern mit hohem Wachstum der Binnenwirtschaft förderten die niedrigen Realzinsen eine Überhitzung; gleichzeitig bremsen hohe Realzinsen das ohnehin schwache Wachstum Deutschlands (Abbildung 2: Realzinsen, Abbildung 3: Binnennachfrage).

Die Kehrseite der positiven binnenwirtschaftlichen Entwicklung durch höhere Lohnsteigerungen bestand für viele Länder jedoch in einer Verschlechterung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit – besonders im Vergleich zu Deutschland. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit kann nur relativ zur Wettbewerbsfähigkeit der Handelspartner bewertet werden. Da die Wechselkurse im Euroraum zwischen den Ländern fixiert sind, wird sie vor allem durch die Entwicklung der Lohnstückkosten – dem Verhältnis von Effektivlöhnen und Arbeitsproduktivität – bestimmt. Steigen allein die Ef-

Abbildung 4

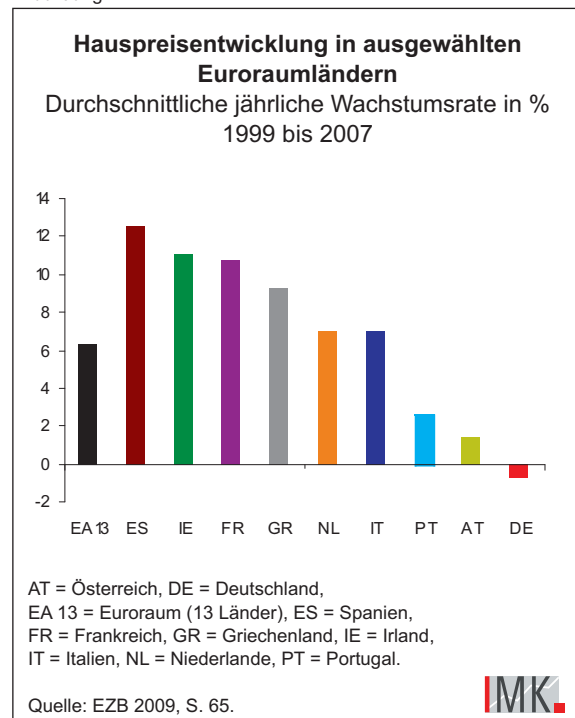
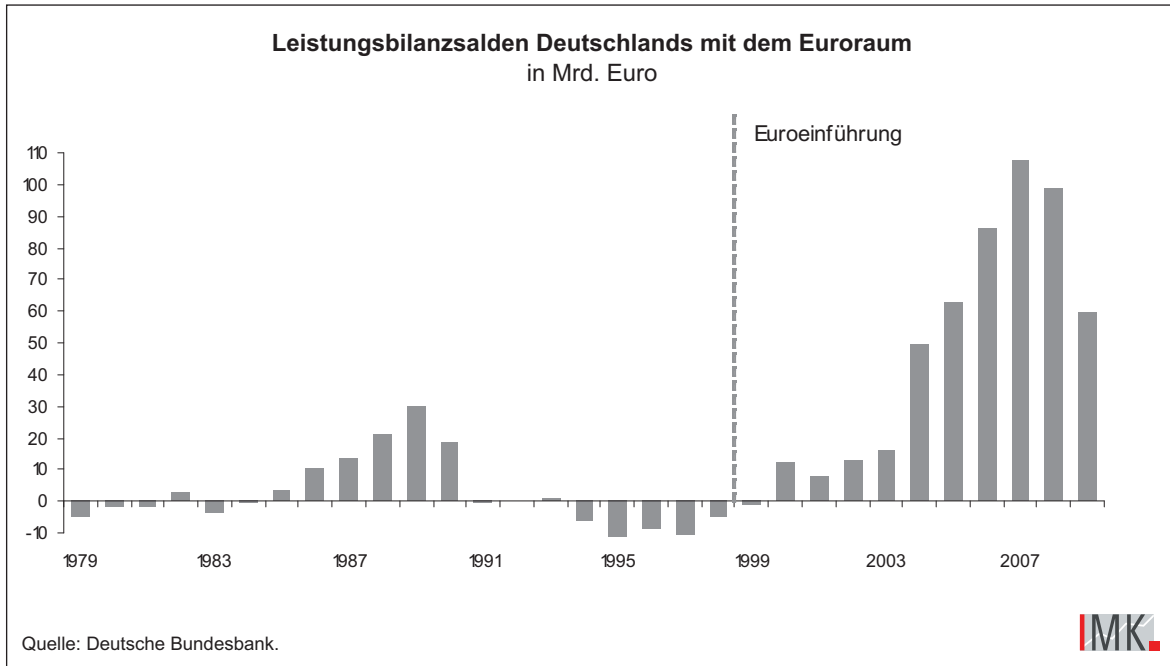


Abbildung 5



ektivlöhne, verringert sich die Wettbewerbsfähigkeit; steigt allein die Produktivität, verbessert sich die Wettbewerbsfähigkeit.

Einzelne Länder wie Griechenland und Irland verzeichneten zwar überdurchschnittliche Produktivitätszuwächse, während Deutschland nur im Mittelfeld des Euroraumes lag (Abbildung 1). Dafür stagnierten aber die deutschen Löhne, sodass keines der hier betrachteten Euroraumländer mit der sich ständig verbessernden Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands mithalten konnte (Abbildung 2: Lohnstückkosten). Der Exportüberschuss ist also keinesfalls das Ergebnis besonders hoher Produktivitätssteigerungen in Deutschland, sondern primär das Resultat niedriger Lohnsteigerungen. Dies führte zu fortwährend steigenden Außenhandelsüberschüssen Deutschlands mit dem Euroraum (Abbildung 5). Wie aus Abbildung 5 ersichtlich wird, hatte Deutschland vor Einführung des Euros zwar auch Leistungsbilanzüberschüsse erzielen können, aber weder in einem vergleichbaren Ausmaß noch über einen so langen Zeitraum. Grund dafür waren Aufwertungen der D-Mark gegenüber den Währungen der Handelspartner, die jeweils zu einer Korrektur der Überschüsse beigetragen haben. Anfang der 90er Jahre wurden diese verstärkt durch Sondereffekte aufgrund der deutschen Vereinigung.

Währungsaufwertungen als Korrektiv sind zumindest im Handel mit Mitgliedsstaaten durch die Einführung der gemeinsamen Währung entfallen. Dadurch konnte Deutschland in den Jahren 2004 bis 2008 mit dem Euroraum absolut sogar höhere Leistungsbilanz-

überschüsse erzielen als mit dem Rest der Welt. Außer gegenüber Irland verzeichnete Deutschland im bilateralen Handel mit allen hier betrachteten Mitgliedsländern Leistungsbilanzüberschüsse (Abbildung 6) und förderte sein Wachstum damit auf Kosten der anderen Euroraumländer – besonders auf Kosten Frankreichs und Spaniens.

Abbildung 6

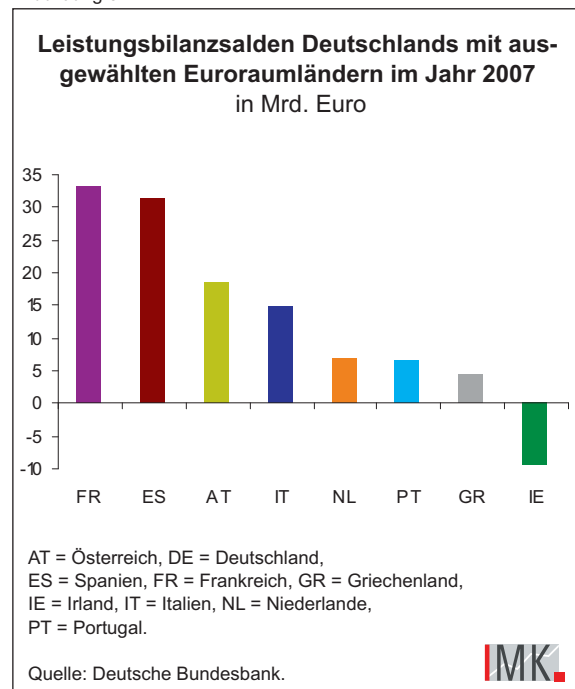
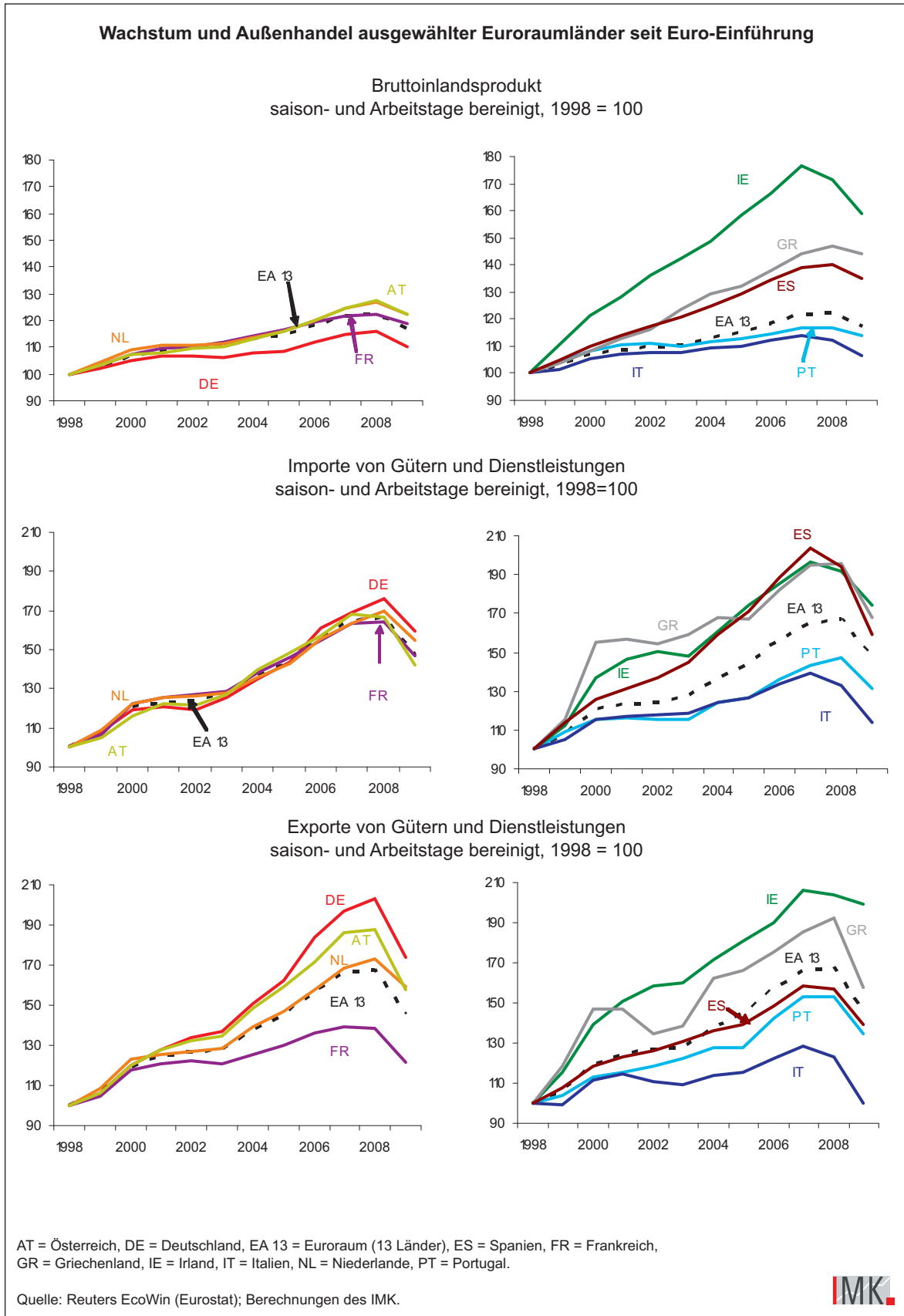


Abbildung 7



Allerdings haben sich die erhöhte Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und das enorme Exportwachstum gesamtwirtschaftlich nicht ausgezahlt. Das Wachstum des gesamten deutschen Bruttoinlandsproduktes blieb seit Einführung des Euros deutlich hinter dem Durchschnitt des Euroraumes zurück; lediglich Italien verzeichnete eine ebenso schwache gesamtwirtschaftliche Expansion (Abbildung 7): Einem jährlichen realen Wachstum um durchschnittlich 1,5 % in Deutschland standen im Mittel Zuwächse um 2,2 % im Euroraum gegenüber. Selbst in den Boomjahren der Weltwirtschaft vor der Krise lag Deutschlands Wachstumsrate lediglich im Jahr 2006 über dem Durchschnitt des Euroraumes – und auch da nur leicht.

Dass die exportorientierte Strategie gesamtwirtschaftlich so wenig erfolgreich war, wird verständlich, wenn man die Folgen für den privaten Verbrauch miteinbezieht: Die durch die schwache Lohnentwicklung gebremste Konsumententwicklung konnte nicht durch die Exporterfolge kompensiert werden, da der Konsum einen höheren Anteil am BIP ausmacht als der Export. Lediglich für kleine offene Volkswirtschaften, bei denen der Exportanteil am BIP höher als der Anteil des Konsums ist, kann sich eine Strategie der Wettbewerbsverbesserung über geringe Lohnzuwächse und eines in Folge dessen steigenden Außenbeitrags gesamtwirtschaftlich lohnen. Das zeigen die Beispiele der Länder Österreich und Niederlande, deren Wachstum mit Raten auf Höhe des Euroraum-Durchschnitts deutlich über dem Deutschlands lag.

Auch die Beschäftigung hat sich in Deutschland nicht gut entwickelt, obwohl die in der Öffentlichkeit geführte Debatte erwarten lassen würde, dass sich geringe Lohnsteigerungen grundsätzlich positiv auf die Beschäftigung auswirken. Stattdessen ist das Gegenteil der Fall: Deutschland verzeichnete als Land mit den geringsten Lohnzuwächsen die schlechteste Entwicklung der Beschäftigung; in Ländern mit vergleichsweise hohen Lohnzuwächsen nahm die Beschäftigung stärker zu (Abbildung 1).

Das deutsche Beispiel zeigt, dass sich Lohnzuwächse unterhalb des Verteilungsspielraumes zumindest für große Länder nicht auszahlen. Mit Lohnzuwächsen im Einklang mit dem Verteilungsspielraum sind hier solche Zuwächse gemeint, die den durchschnittlichen Produktivitätszuwächsen plus der Zielinflationsrate der EZB entsprechen. Hierdurch würde sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes nicht verändern. Gleichzeitig zeigen die Beispiele Spanien, Irland und Griechenland, dass auch die gegenteilige Strategie einer Binnenorientierung über Lohnzuwächse, die den Verteilungsspielraum übersteigen, nicht nachhaltig ist. Frankreich dagegen stand

bis zur Krise mit seiner Strategie tendenziell verteilungsneutraler Lohnzuwächse vergleichsweise gut da (Horn et al. 2010a), obwohl die deutsche Lohnentwicklung und das daraus resultierende Defizit im Handel mit Deutschland Frankreichs Wachstum beeinträchtigte.

2. Krisenauswirkungen verringern Divergenzen im Euroraum

Mit der Krise haben sich die Ungleichgewichte im Euroraum seit 2008 verringert. Dazu hat die Entwicklung in Deutschland maßgeblich beigetragen. Die erfolgreichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben die Beschäftigung und damit auch Konsum und Importe stabilisiert, obwohl die deutsche Binnenwirtschaft vorher durchgehend sehr schwach war. Das hat dazu geführt, dass andere Länder weiterhin nach Deutschland exportieren konnten und diese somit stabilisiert. Allerdings ist diese Entwicklung mit hoher Wahrscheinlichkeit nur vorübergehend und auf Sonderentwicklungen im Kampf gegen die Rezession zurückzuführen. Im Folgenden wird daher genauer auf den Verlauf der Krise und ihrer Folgen für den Euroraum und für die einzelnen Mitgliedsländer eingegangen.

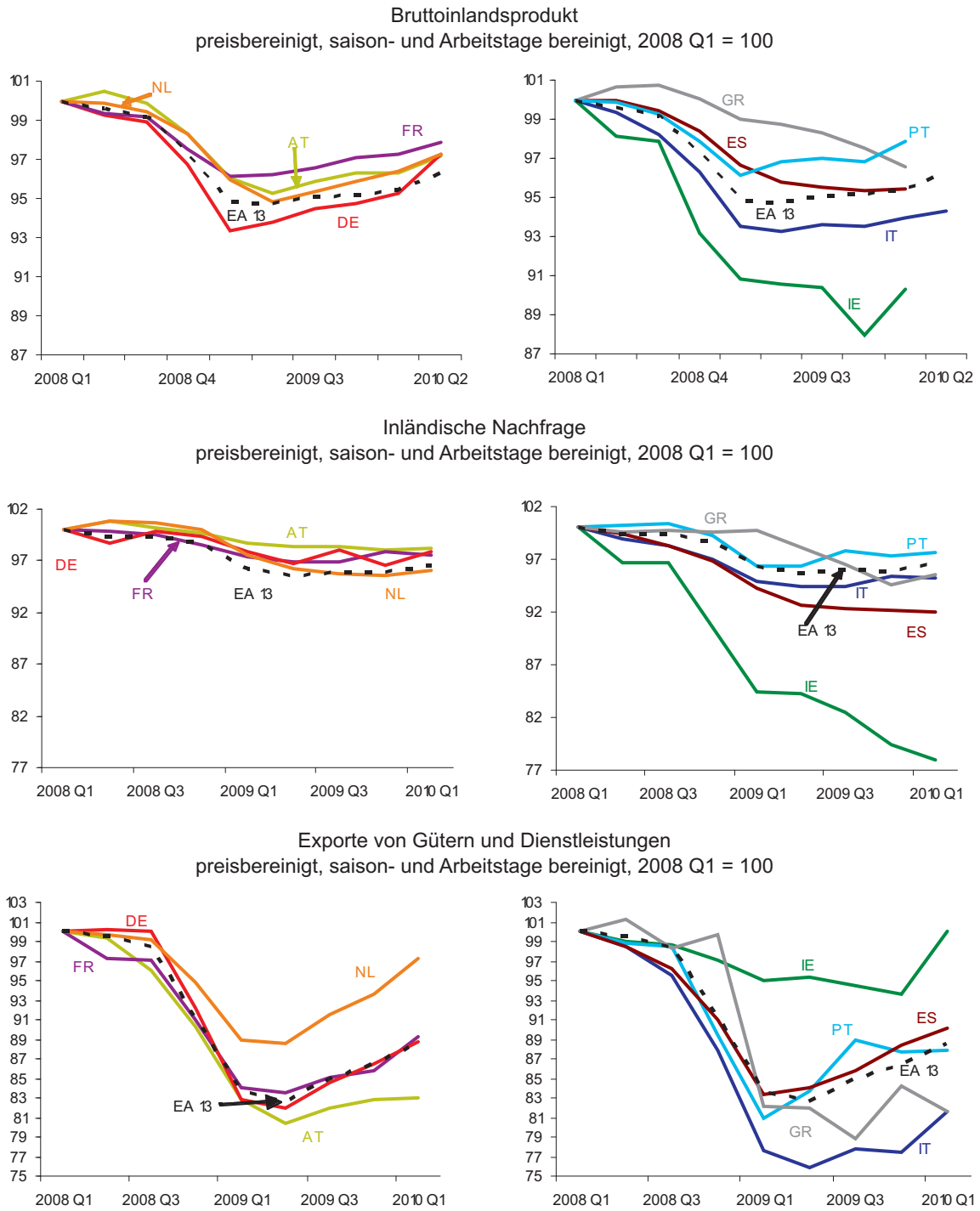
Im gesamten Euroraum stieg das BIP noch bis zum Ende des ersten Quartals 2008, brach aber in den folgenden fünf Quartalen bis Mitte 2009 um gut fünf Prozent ein. Angesichts des massiven Einbruchs des Welthandels fielen die Exporte von Gütern und Dienstleistungen des Euroraumes bis Mitte 2009 um gut 17 % (Abbildung 8). Allerdings reduzierten sich auch die Importe um knapp 16 %, was den negativen Einfluss des Exportrückgangs auf das Wachstum zumindest rechnerisch zum Großteil kompensierte.

Der massive Wachstumsrückgang im Euroraum beruhte in den meisten Ländern in erster Linie auf dem Rückgang der Binnennachfrage (Abbildung 8), das heißt, dem Rückgang bei Konsum und Investitionen. Die Investitionen sind dabei sehr viel stärker eingebrochen als der Konsum. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist für den Euroraum insgesamt aber auch geringer. Der Rückgang der Binnennachfrage wurde durch den gleichzeitigen Einbruch des Immobiliensektors in vielen Ländern und durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit verstärkt.

Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Ländern genauer, stellt man fest, dass sie zwar alle von den realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise betroffen waren, die Stärke und der Verlauf der Rezessionen zwischen den Ländern aber sehr unterschiedlich war. Um die jeweiligen Krisenauswirkungen – trotz der schon vorher divergierenden Entwicklungen der Länder – sichtbar zu

Abbildung 8

VGR-Größen ausgewählter Euroraumländer seit der Krise

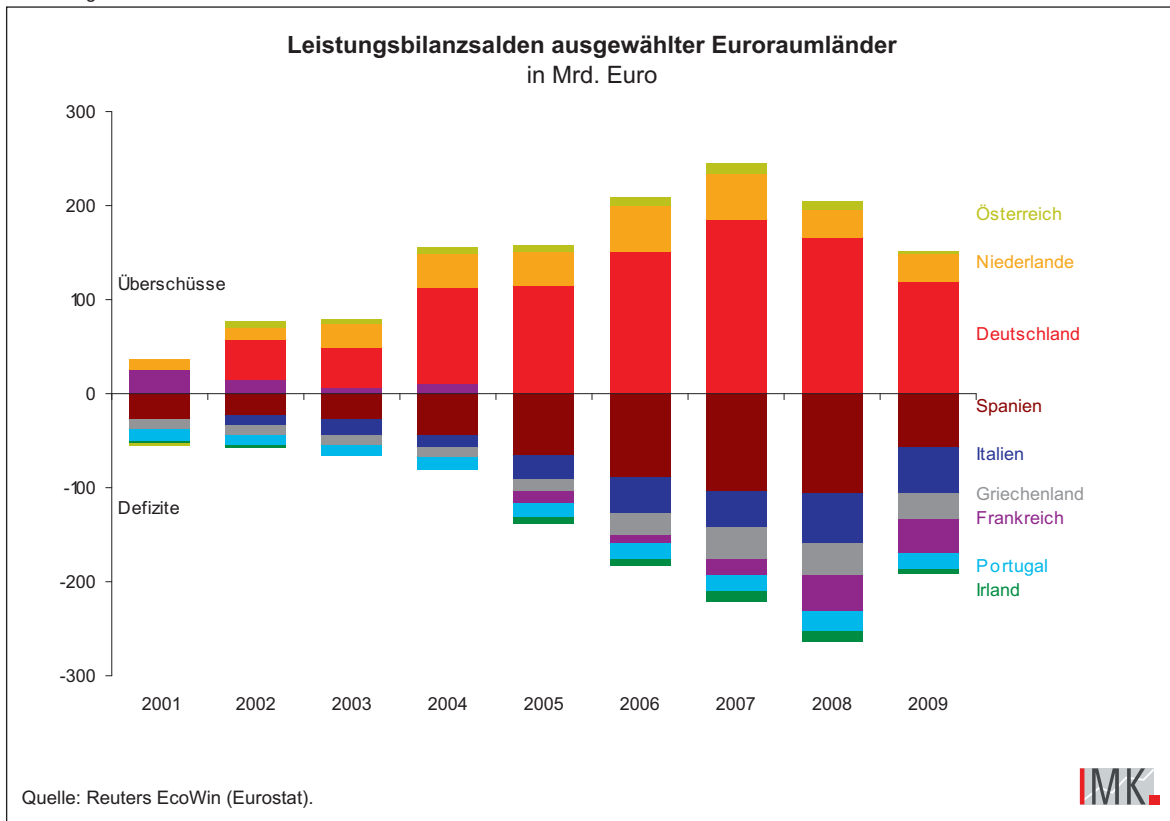


AT = Österreich, DE = Deutschland, EA 13 = Euroraum (13 Länder), ES = Spanien, FR = Frankreich, GR = Griechenland, IE = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PT = Portugal.

Quelle: Reuters EcoWin (Eurostat); Berechnungen des IMK.



Abbildung 9



machen, wurden das BIP und dessen Komponenten in Abbildung 8 für alle Länder im ersten Quartal 2008 auf 100 gesetzt. Dabei wird deutlich, dass die Wirtschaften Irlands, Deutschlands und Italiens stärker schrumpften als der Durchschnitt des Euroraumes. In Irland und Spanien, den Ländern mit den höchsten Zuwachsraten beim inländischen Wachstum vor der Krise, wirkte sich vor allem der Einbruch der Inlandsnachfrage negativ aus (Abbildung 8) – vor allem getrieben durch den Wachstumseinbruch im vorher boomenden Bausektor und den drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Allein in Deutschland überwog wegen der Exportabhängigkeit der negative Effekt vom Außenhandel.

Gleichzeitig hatte Deutschland, das vor der Krise die niedrigsten Zuwachsraten der Binnennachfrage aufgewiesen hatte, trotz der Krise eine stabile inländische Nachfrage (Abbildung 8), was auch die Importnachfrage stabilisierte. Da die Importe nicht analog zu den Exporten einbrachen, fiel der Wachstumseinbruch aber rechnerisch relativ stark aus. Dies hatte jedoch positive Wirkungen auf den restlichen Euroraum: Der zeitverzögerte und im Vergleich geringere Rückgang der Importe stabilisierte die Exporte anderer Länder und unterstützte damit die Wirtschaftsentwicklung der restlichen Welt.

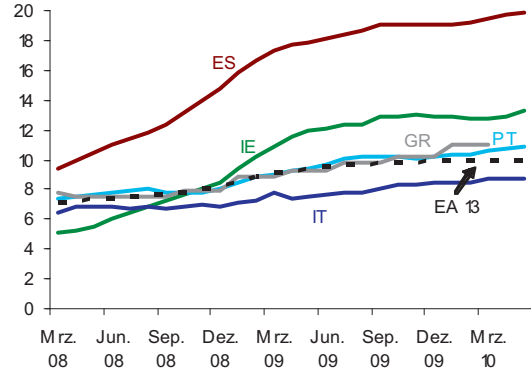
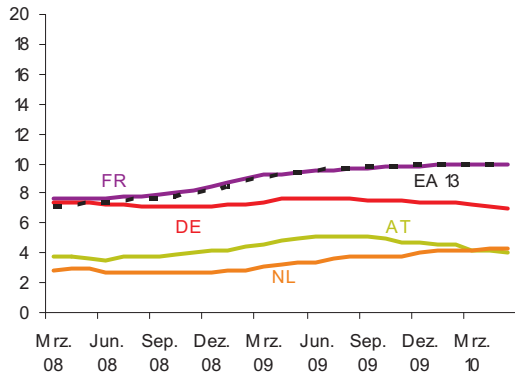
Dadurch verringerte Deutschland – das Land mit dem größten Leistungsbilanzüberschuss im Euroraum – seinen Überschuss, während Spanien, Italien, Griechenland und Portugal sowie Irland ihre Leistungsbilanzdefizite im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr reduzieren konnten. Folglich haben sich die vorher stetig gewachsenen Divergenzen in den Leistungsbilanzsalden der Euroraumländer im Zuge der Rezession erst einmal verringert (Abbildung 9). Nur für Frankreich hat sich das Leistungsbilanzdefizit 2009 nicht verkleinert, wodurch es ähnlich wie Deutschland zur Stabilisierung der Exporte anderer Länder beigetragen hat.

Dass die Binnennachfrage in Deutschland recht stabil blieb, scheint ein Bruch mit der vorherigen binnenwirtschaftlichen Schwäche zu sein. Es stellt sich die Frage, wieso Deutschland bei der Stabilisierung der Binnennachfrage – wenn auch auf geringem Niveau – trotz der Krise so erfolgreich war. Neben den die Konjunktur stabilisierenden Maßnahmen ist dies hauptsächlich der stabilen Konsumnachfrage dank der Verhinderung von Entlassungen zu verdanken. Dass ein Anstieg der Arbeitslosenquote in Deutschland verhindert werden konnte bzw. sogar ein leichter Rückgang der Quote zu verzeichnen ist (Abbildung 10), ist eine wirtschaftspolitische Leistung. Denn auch Deutschland verzeichnete, ebenso wie der restliche

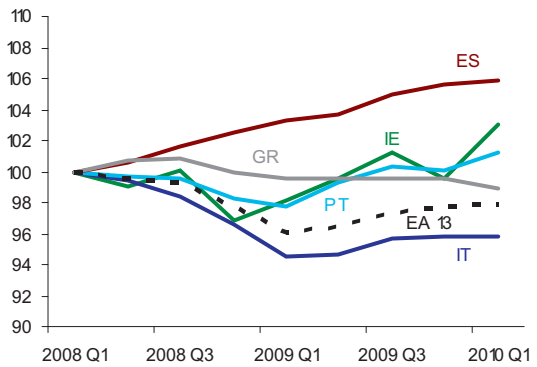
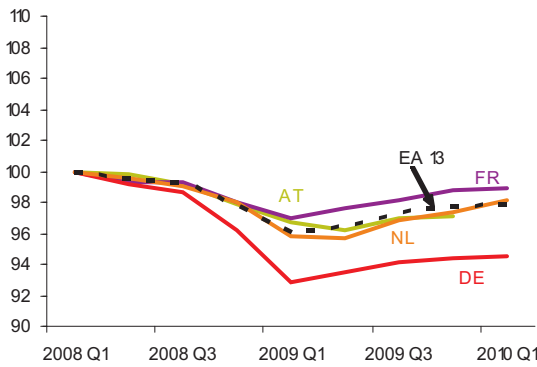
Abbildung 10

Arbeitsmarktindikatoren ausgewählter Euroraumländer seit der Krise

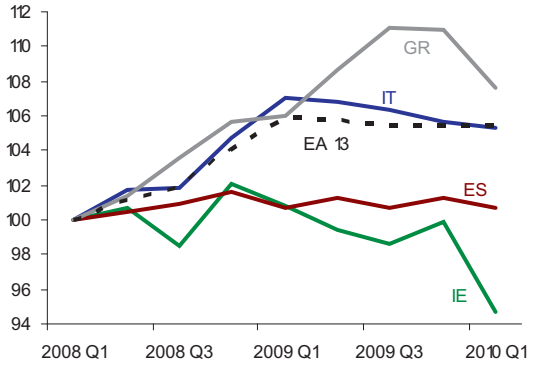
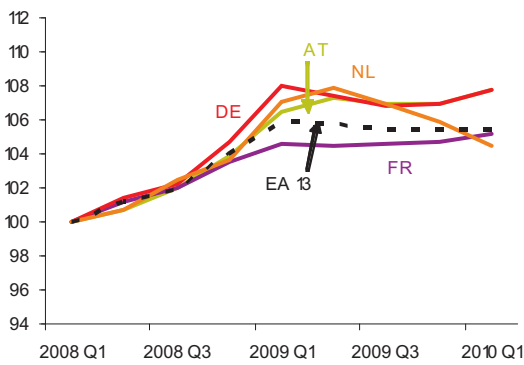
Arbeitslosenquote harmonisiert und saisonbereinigt, in %



Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigem, saisonbereinigte Werte, 2008 Q1 = 100



Lohnstückkosten saisonbereinigte Werte, 2008 Q1 = 100



AT = Österreich, DE = Deutschland, EA 13 = Euroraum (13 Länder), ES = Spanien, FR = Frankreich, GR = Griechenland, IE = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PT = Portugal.

Quelle: Reuters EcoWin (Eurostat); Berechnungen des IMK.



Euroraum, einen Rückgang des Arbeitsvolumens. Neben Deutschland war nur Österreich ähnlich erfolgreich, das eine weitgehend stabile Arbeitslosenquote aufweist (Abbildung 10). Im Euroraum-Durchschnitt ist die Arbeitslosenquote von 7,1 % (März 2008) auf mittlerweile 10% im Juni 2010 gestiegen (Abbildung 10). Am stärksten nahm sie in Spanien und Irland zu. Dort hat sich die Arbeitslosenquote im Vergleich zu März 2008 mehr als verdoppelt, in Irland seit Rezessionsbeginn sogar verdreifacht.

Zur Erklärung der unterschiedlichen Auswirkungen der Krise auf die Entwicklung der Arbeitslosenquoten können vor allem zwei Gründe angeführt werden. Zum einen ist der Rückgang des Arbeitsvolumens davon abhängig, ob in den Ländern eher kapitalintensive oder eher arbeitsintensive Sektoren betroffen waren (Leschke/Watt 2010). In Deutschland litt vor allem die kapitalintensive, exportorientierte Industrie unter der Krise. Der dramatische Anstieg der Zahl der Arbeitslosen in Irland und Spanien ist dagegen zum Großteil auf den heftigen Einbruch des arbeitsintensiven Bausektors zurückzuführen, wo es zu einer Korrektur der vorher hohen Zuwächse kam. In Österreich und Deutschland mussten dagegen keine übertriebenen Steigerungen korrigiert werden: Der Bausektor war vor der Krise nur mäßig gewachsen und die Immobilienpreise stagnierten im Vorfeld der Finanzkrise weitgehend (Abbildung 4).

Zum anderen wirkte sich der Rückgang des Arbeitsvolumens je nach Land sehr unterschiedlich auf die Arbeitslosenquoten aus (Leschke/Watt 2010). So wurden in Deutschland stärker als in anderen Ländern Beschäftigte gehalten, da die Unternehmen interne Flexibilisierungsmaßnahmen in Form variabler Arbeitszeiten einsetzten und auf Entlassungen weitgehend verzichtet haben. Unternehmen nutzten verschiedene Möglichkeiten der internen Flexibilisierung zur Anpassung der Arbeitszeit an die gesunkene Nachfrage, zum einen das staatlich geförderte Instrument der Kurzarbeit, zum anderen die im Vorfeld der Krise tarifvertraglich eingeführten Arbeitszeitkonten sowie die für Krisensituationen geschaffene Möglichkeit der Reduktion der Regelarbeitszeit (Bogedan et al. 2009; Herzog-Stein/Seifert 2010; IMK 2009).

Neben den positiven Effekten auf den Konsum hatte das aber auch negative Auswirkungen auf die Produktivität: Weil Arbeitskräfte trotz des Nachfrageeinbruchs in Deutschland gehalten wurden, sank die Arbeitsproduktivität stärker als in anderen Ländern, wenn auch nur vorübergehend. In Spanien und Irland führte der hohe Rückgang der Beschäftigung in arbeitsintensiven Branchen dagegen aufgrund der Entlassungen sogar zu einem Produktivitätsanstieg (Abbildung 10). Betrachtet man statt der Produktivität

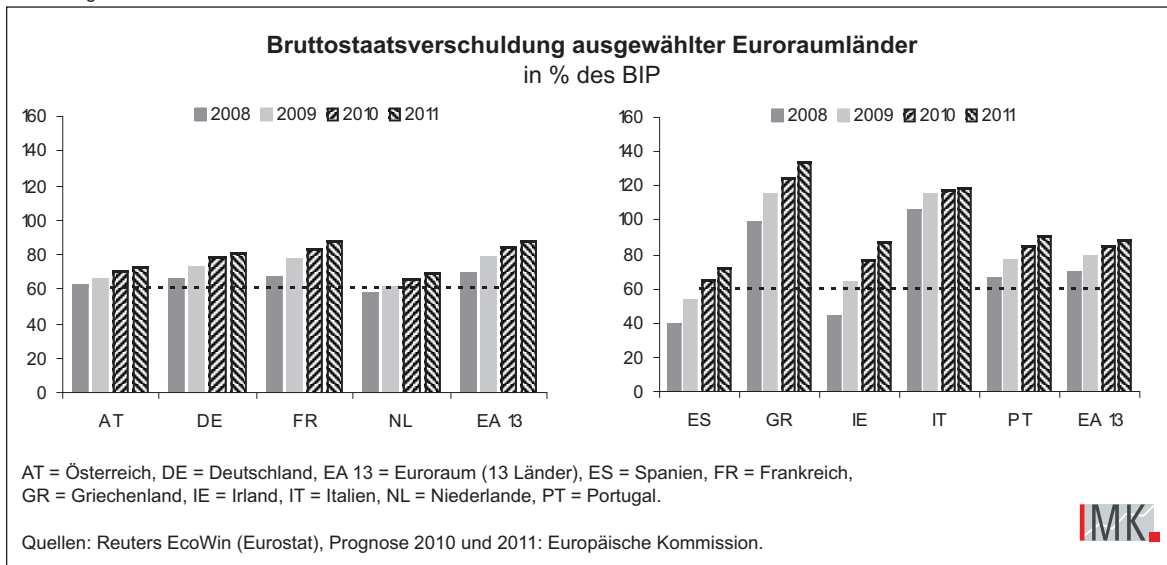
pro Person diejenige pro Stunde, bei der also auch das reduzierte Arbeitsvolumen pro Person berücksichtigt wird, fällt der Rückgang der Produktivität zwar kleiner aus, bleibt aber erhalten. Entsprechend sind die Lohnstückkosten im Jahr 2009 in Deutschland – trotz einem nur durchschnittlichen Anstieg der Effektivlöhne – mit mehr als 5 % deutlich stärker gestiegen als in vielen anderen Ländern des Euroraumes (Abbildung 10).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass durch die realwirtschaftlichen Folgen der Krise und die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Reaktionen darauf sowohl Deutschland vergleichsweise gut positioniert ist als auch, dass sich die Divergenzen im Euroraum verringert haben. Deutschlands Arbeitslosenquote liegt seitdem unter dem Durchschnitt des Euroraumes, und es profitiert dank seiner hohen Wettbewerbsfähigkeit von der Erholung der Weltwirtschaft. Gleichzeitig hat die vergleichsweise stabile Binnen nachfrage die Importe weniger einbrechen und damit den Handelsüberschuss sinken lassen. Im Euroraum haben sich unter anderem dadurch die Leistungsbilanzsalden verringert. Auch sonst wurden durch die Krise Divergenzen abgebaut: Bei den ehemals stark wachsenden, binnenwirtschaftlich orientierten Ländern ist der Konsum stärker eingebrochen, in Deutschland dagegen stabil geblieben. Die Auseinanderentwicklung der Lohnstückkosten wurde abgebremst. Gehören Divergenzen im Euroraum damit der Vergangenheit an?

3. Erneute Ausweitung der Ungleichgewichte droht

Der im Zuge der Krise beobachtbare Rückgang der Divergenzen im Euroraum dürfte eine temporäre Entwicklung gewesen sein und sich schon in diesem Jahr wieder relativieren. An der grundsätzlichen institutionellen Konstruktion des Euroraums hat sich nichts geändert. Die jüngsten Daten deuten auf ein Ende der Konvergenz hin. Deutschlands Exporte ziehen wieder an und die vorübergehend stärker angestiegenen Lohnstückkosten nähern sich im Zuge der Erholung wieder der Vorkrisenentwicklung. Und trotz der Annäherung der Lohnstückkosten infolge der Krise verfügt Deutschland durch die jahrelang unterdurchschnittlich gestiegenen Lohnstückkosten über einen so großen „Puffer“, dass es im Euroraum weiterhin preislich am wettbewerbsfähigsten ist. Dass die Länder mit in der Vergangenheit sinkender Wettbewerbsfähigkeit diese zukünftig gegenüber Deutschland verbessern könnten, erscheint ohne eine veränderte Wirtschaftspolitik in Deutschland unrealistisch. Insofern ist eine erneute Auseinanderentwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und damit auch der Leistungsbilanzsalden zu erwarten, was z. B. auch die OECD und der Internationale Währungsfonds prognostizieren (OECD 2010, IMF 2010).

Abbildung 11



Zudem belastet die notwendige Konsolidierung der Staatsverschuldung die Zukunftsaussichten des Euro-raumes: Die Krise hat in allen Ländern des Euro-raumes dazu geführt, dass die Ausgaben der Staaten für Bankenrettungen, automatische Stabilisatoren und Konjunktur stabilisierende Maßnahmen gestiegen sind. Gleichzeitig sanken durch den Konjunkturreinbruch die Steuereinnahmen. Folglich haben die Budgetdefizite der Euro-raumländer zugenommen und 2009 in allen hier betrachteten Euro-raumländern die laut dem Stabi-litäts- und Wachstumspakt (SWP) normalerweise vorgesehene Obergrenze von 3 % des BIP überschrit-ten. Die größten Defizite verzeichneten 2009 Irland, Griechenland und Spanien.

Mit der Ausweitung der Haushaltsdefizite hat die Staatsverschuldung zugenommen. Sie wird trotz Kon-solidierungsbemühungen nach Prognosen der Euro-päischen Kommission für alle Länder des Euro-raumes weiter steigen. Dies ist den Folgekosten der Krisenbe-wältigung bei gleichzeitig mäßigen mittelfristigen Wachstumsaussichten geschuldet. Damit werden alle hier betrachteten Länder das SWP-Kriterium für die Staatsverschuldung überschreiten, das den Schulden-stand auf 60 % des BIP begrenzt. Ab dem Jahr 2010 werden auch Irland und Spanien, die bis zur Krise deutlich geringere Verschuldungsquoten aufwiesen, das Kriterium verletzen (Abbildung 11). Insofern ste-hen alle Mitgliedsländer unter dem Druck, ihre Staats-verschuldung zu verringern. Eine gleichzeitige gemeinsame Konsolidierung durch Ausgabenein-schränkungen würde aber aufgrund der damit verbun-denen negativen Multiplikatoren das Wachstum im Euro-raum deutlich beeinträchtigen.

Der Konsolidierungsdruck ist besonders stark, aber auch besonders wachstumsgefährdend in Griechen-

land, Portugal, Italien, Irland und Spanien. Diese Län-der sind im Zuge der Finanzkrise auch unter Druck auf den Finanzmärkten geraten (Joebges/Niechoj 2010). Sie weisen alle eine massive Verschlechterung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit seit Einführung des Euros auf, die zu steigenden Leistungsbilanzdefiziten geführt hat. Folglich sind die Chancen geringer, über steigende Exporte das Wachstum anzukurbeln. Die ge-ringe Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt die Wachs-tumsaussichten dieser Länder derzeit daher stark.

Gleichzeitig implizieren die ständig gestiegenen Leistungsbilanzdefizite der Vergangenheit, dass diese Länder gegenüber dem Ausland Nettoschuldner sind (*Kasten Wieso sind Leistungsbilanzungleichgewichte ein Problem?*, S. 3). Dort ist nicht nur der Staat, son-dern auch der Privatsektor (Haushalte und Unterneh-men) gegenüber dem Ausland verschuldet. Daraus folgt, dass außer dem Staat auch der Privatsektor in den kommenden Jahren mehr sparen muss, um seine Verschuldung abzubauen. Weil damit Nachfrage feh-len wird, können die hohen Wachstumsraten der Bin-nenwirtschaft aus der Vergangenheit kaum gehalten werden. Wachstumsimpulse müssten daher aus dem Ausland, also auch aus den anderen Mitgliedsstaaten des Euro-raumes kommen. Nur über einen Aufbau von Außenhandelsüberschüssen kann in diesen Ländern ein Wachstumseinbruch verhindert und damit eine Konsolidierung der Staatsfinanzen ermöglicht werden.

So wichtig es damit ist, dass Griechenland, Spa-nien, Portugal und Italien ihre jeweiligen nationalen Probleme angehen – die makroökonomischen Rah-menbedingungen im Euro-raum müssen gleichfalls stimmen. Dies kann nur funktionieren, wenn andere Länder diese Exporte aufnehmen und damit ihrerseits Leistungsbilanzdefizite oder zumindest eine Reduktion ihrer Überschüsse zulassen.

Für eine solche Anpassung der Leistungsbilanzsalden müssten die inländische Nachfrage und die Importe in Ländern wie Deutschland mit unterdurchschnittlicher Lohn- und Preisentwicklung stärker wachsen als bisher; umgekehrt müssten Länder mit bisher überdurchschnittlicher Lohn- und Preisentwicklung in Zukunft überdurchschnittlich steigende Exporte aufweisen. Dies impliziert, dass sich die preislichen Wettbewerbsbedingungen nicht weiter auseinander entwickeln dürften, sie müssten vielmehr konvergieren.

4. Umorientierung auf binnengetriebenes Wachstum hilft Deutschland und dem Euroraum

Da 50 % des Handels zwischen den Mitgliedstaaten des Euroraums erfolgt, muss den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten und Verschuldungsproblemen eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Überschussländern ermöglicht werden. Mittelfristig benötigt der Euroraum dazu veränderte Rahmenbedingungen, damit Auseinanderentwicklungen und Krisen zukünftig verhindert werden können. Eine Möglichkeit, die zugleich das Verschuldungsproblem der Staaten als auch die Ungleichgewichte im Euroraum angeht, wäre eine Reform des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts, wie das IMK sie in seinem Report 51 diskutiert (Horn et al. 2010b): Nicht nur Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung eines Mitgliedlandes sollten im Pakt berücksichtigt werden, sondern auch die Verschuldung des privaten Sektors. Ein geeignetes Kriterium hierfür wäre der Saldo der Leistungsbilanz, der, bewegte er sich in einem Korridor von plus zwei bis minus zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, zu mehr Konvergenz im Euroraum führen würde. Alternative Vorschläge stammen etwa von Dullien/Schwarzer 2009 oder Bofinger/Ried 2010.

Bei gegebenem Stand der Institutionen des Euroraums haben die Defizitländer nur bei Mithilfe der Überschussländer eine realistische Chance auf eine erfolgreiche Konsolidierung und ein angemessenes Wachstum. Angesichts seiner Größe und der Höhe der Leistungsbilanzüberschüsse wäre dabei vor allem Deutschland in der Pflicht, seine Überschüsse durch steigende Importe bei anziehender Binnennachfrage abzubauen. Eine Angleichung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit allein wird nicht ausreichen, wenn sich alle Mitgliedsländer gleichzeitig auf rigide Sparmaßnahmen festlegen, weil es dann an Nachfrage mangelt und damit der Handel innerhalb des Euroraums gedämpft werden würde.

Folglich benötigt der Euroraum zusätzlich eine asymmetrische fiskalpolitische Reaktion, bei der Länder wie Griechenland, deren Haushalte übermäßig ver-

schuldet sind und die erhebliche Leistungsbilanzdefizite aufweisen, auf Sparkurs gehen, während Länder wie Deutschland, die Niederlande und Österreich, die eher niedrige Defizite und vor allem Exportüberschüsse aufweisen, weiterhin ihre Binnennachfrage stimulieren (Horn et al. 2010b). Ähnlich argumentiert auch der Internationale Währungsfonds (IMF 2010, S. 51ff.).

Insofern ist die derzeitige Wirtschaftspolitik in Deutschland verfehlt. Ein Verschieben der Sparmaßnahmen und eine vorübergehend stärkere staatliche Förderung der Binnennachfrage wären für Deutschland möglich und angesichts der aktuell historisch niedrigen Renditen auf deutsche Staatsanleihen mit geringen Kosten verbunden. Soll dennoch ein Schuldenanstieg vermieden werden, können die Ausgaben über höhere Steuern finanziert werden.

Eine solche Politik läge auch im ureigenen Interesse Deutschlands: Erstens kann Deutschland als Gläubigernation nicht wollen, dass seine Schuldner in Rückzahlungsschwierigkeiten geraten. Die Defizitländer sind nicht nur Schuldner, sondern auch wichtige Handelspartner, deren stabile Wirtschaftsentwicklung notwendig ist, um den deutschen Export aufrecht zu erhalten. Zweitens zeigt sich im europäischen Vergleich, dass Deutschlands Konzentration auf den Außenhandel als Wachstumstreiber und die Schwächung der Binnenwirtschaft als gesamtwirtschaftliche Strategie in der Vergangenheit nicht erfolgreich war. Da der Konsum für ein so großes Land wie Deutschland einen höheren Anteil am BIP hat als die Exporte, konnten die Wachstumsimpulse aus dem Außenhandel die jahrelange binnenwirtschaftliche Stagnation nicht kompensieren. Andere große Länder, wie z.B. Frankreich, erzielten mit einer Konzentration auf die Binnenwirtschaft und einem bis zur Krise weitgehend ausgeglichenem Leistungsbilanzsaldo nicht nur höheres Wachstum, sondern auch eine bessere Beschäftigungsentwicklung (Horn et al. 2010a).

Auch Simulationsergebnisse des IMK zeigen, dass Deutschland mit einer Förderung der binnenwirtschaftlichen Entwicklung über höhere Lohnzuwächse, die den Verteilungsspielraum genutzt hätten, bessere Wachstumsergebnisse und eine höhere Beschäftigung erzielt hätte. Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit wäre dadurch seit der Euro-Einführung nicht gesunken, aber auch nicht ständig auf Kosten anderer Länder gestiegen. Die Exporte wären dann zwar auch gewachsen, aber mit geringeren Raten (Joebges et al. 2009).

Wünschenswert wären Lohnsteigerungen, die den Verteilungsspielraum ausschöpfen und die Binnenwirtschaft stärken. Dafür muss der Staat aber entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Die Einführung eines gesetzlichen, branchenübergreifenden Mindest-

lohnes würde das „Ausfransen“ der Löhne nach unten begrenzen (Kalina/Weinkopf 2010) und gleichzeitig dabei helfen, die ungleiche Einkommensverteilung zu verringern. Das würde zu höherem Einkommen von Haushalten mit hoher Konsumneigung und damit zu einer Stärkung der Binnenwirtschaft führen. Dazu könnte auch die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifabschlüssen beitragen (Bispinck/Schulten 2009), mit der das Lohngefüge stabilisiert werden könnte. Zusätzlich müsste der Staat die Binnenwirtschaft fördern, um die Nachfrage zu kräftigen und damit Beschäftigung zu schaffen

Höhere staatliche Investitionen, die in Deutschland im internationalen Vergleich extrem niedrig sind (Bofinger 2008), würden nicht nur die binnenwirtschaftliche Nachfrage erhöhen, sondern bei gezieltem Einsatz in Infrastruktur und Bildung mittelfristig das Wachstumspotential erhöhen. Will die Bundesregierung zugleich die (Neu-) Verschuldung abbauen, kann dies durch eine spürbare Erhöhung des Einkommensteuertarifs bei höheren Einkommen, eine deutliche Erhöhung der Erbschaftssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer erzielt werden (Truger/Teichmann 2010).

5. Fazit

Deutschland hat in der Krise eine positive Rolle gespielt. Durch eine gute Wirtschaftspolitik konnte der Einbruch des BIP gedämpft und vor allem ein Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden. Die in der Krise stabile Binnenwirtschaft sowie die stabilen Importe haben darüber hinaus zu einem Abbau der Ungleichgewichte im Euroraum beigetragen. Es wäre zu wünschen, dass Deutschlands Wirtschaftspolitik weiterhin diesem Pfad einer robusten Entwicklung der Binnenwirtschaft folgen und sich von seinem Modell des Wachstums durch Außenhandelsüberschüsse auf Kosten anderer Länder verabschieden würde.

Denn die hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit und die damit hohen Exportüberschüsse vor der Krise wurden mit einer schwachen Lohnentwicklung sowie einer schwachen Entwicklung der Binnennachfrage erkaufte. Die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft hat sich insgesamt nicht ausgezahlt – die Wachstumsraten der Gesamtwirtschaft blieben im Euroraumvergleich unterdurchschnittlich. Aber auch die wachstumsstarken Defizitländer Griechenland, Spanien und Irland können nicht als Vorbild dienen: Die überdurch-

schnittlichen Anstiege der Löhne dort förderten zwar das Wachstum ihrer Binnenwirtschaften, führten jedoch auch zu einer massiven Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und damit zu steigenden Außenhandelsdefiziten.

Beide Wachstumsmodelle haben sich also nicht bewährt. Eine Änderung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung ist sowohl im Fall der Defizit- als auch der Überschussländer angezeigt. Mehr noch, kommt es nicht zu einem Pfadwechsel und einem Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte im Euroraum, sieht es düster für die wirtschaftliche Entwicklung der Defizitländer aus. Wegen der hohen Verschuldung von Staat und privatem Sektor sind diese Länder dringend auf Wachstumsimpulse aus dem Außenhandel angewiesen. Solange die Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen ihre Wirtschaftspolitik nicht ändern, haben sie aber nur geringe Chancen, ihre relativen Wettbewerbsnachteile auszugleichen.

Dies weist Deutschland als Land mit dem größten Leistungsbilanzüberschuss eine große Verantwortung zu. Die deutsche Wirtschaftspolitik muss ihren Fokus stärker auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung legen, um die Importe zu stärken und so den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten zu helfen, diese zu reduzieren. Dies wäre keine rein altruistische Strategie, sondern läge genauso im Interesse Deutschlands. Denn auch für die deutsche Wirtschaft ist ein ‚Weiter so‘ nicht erstrebenswert, drohen doch sonst auch hier mittelfristig Wachstumsverluste – einerseits aufgrund der Schwäche der deutschen Binnennachfrage, andererseits aufgrund der geringeren Aufnahmefähigkeit für deutsche Exporte im Euroraum, wenn in den anderen Mitgliedsstaaten aufgrund der massiven Sparprogramme das Wachstum stagniert. Die binnenwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland könnte gefördert werden, wenn die Lohnanstiege im Einklang mit den durchschnittlichen Produktivitätszuwächsen und der Zielinflationsrate der EZB wären. Dies ließe die inländische Nachfrage ansteigen, ohne inflationär zu wirken und ohne die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen. Sie würde nur nicht ständig zunehmen. Das würde auch anderen Ländern erlauben, bei der preislichen Wettbewerbsfähigkeit langsam etwas aufzuholen. Gleichzeitig sollte der Staat das Ausfransen der Löhne nach unten durch einen gesetzlichen Mindestlohn begrenzen und mit steuerfinanzierten Ausgaben für Bildung und öffentliche Investitionen die Binnennachfrage stärken.

Literatur

Bispinck, R./Schulzen, T. (2009): Re-Stabilisierung des deutschen Flächentarifvertragssystems, in: WSI-Mitteilungen 4/2009, S. 201-209.

Bofinger, P. (2008): Das Jahrzehnt der Entstaatlichung. Umbruch, Fortschritt oder Rückschritt? Analysen zur Arbeits- und Gesellschaftspolitik, in: WSI Mitteilungen 7/2008, S. 351-357.

Bofinger, P./Ried, S. (2010): A New Framework for Fiscal Policy Consolidation in Europe, German Council of Economic Experts, Working Paper 03/2010, URL: http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/publikationen/SVRarbeitspapier_03_2010.pdf (letzter Zugriff: 23.08.2010).

Bogedan, C./Brehmer, W./Herzog-Stein, A. (2009): Betriebliche Beschäftigungssicherung in der Krise. Eine Kurzauswertung der WSI-Betriebsrätebefragung 2009, WSI Report Nr. 1, Düsseldorf, URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_1_09.pdf (letzter Zugriff: 23.08.2010).

Destatis (2010): Bruttoinlandsprodukt im 2.Quartal 2010 mit Rekordzuwachs, Pressemitteilung Nr.284 vom 13.08.2010, URL: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/08/PD10_284_811,templateId=renderPrint.psml (letzter Zugriff: 19.08.2010).

Dullien, S./Schwarzer, D. (2009): Die Eurozone braucht einen außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt, in: SWP-Aktuell, 27, URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6030 (letzter Zugriff: 23.08.2010).

European Commission (2010): Surveillance of Intra-Euro-Area Competitiveness and Imbalances, in: European Economy, Nr. 1, URL: http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/euro/2010-05-03-intra-euro-area-competitiveness_en.htm (letzter Zugriff: 26.07.2010).

Herzog-Stein, A./Seifert, H. (2010): Deutsches „Beschäftigungswunder“ und flexible Arbeitszeiten, WSI-Diskussionspapier Nr. 169, Düsseldorf, URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_diskp_169.pdf (letzter Zugriff: 23.08.2010).

Horn, G. A./Joebges, H./Zwiener, R. [Horn et al.] (2010a): Einseitige Exportorientierung belastet Wachstum – Frankreich besser als Deutschland, IMK Policy Brief, Düsseldorf, URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_pb_1_2010.pdf (letzter Zugriff: 27.07.2010).

Horn, G. A./Niechoj, T./Tober, S./van Treeck, T./Truger, A. [Horn et al.] (2010b): Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Nicht nur öffentliche, auch private Verschuldung zählt, IMK Report Nr. 51, Düsseldorf, URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_51_2010.pdf (letzter Zugriff: 27.07.2010).

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung [IMK] (2009): Wirtschaftspolitik belebt Konjunktur. IMK-Prognose der wirtschaftlichen Lage 2010, IMK Report Nr. 45, Düsseldorf, URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_45_2009.pdf (letzter Zugriff: 27.07.2010).

International Monetary Fund [IMF] (2010): World Economic Outlook April 2010. Rebalancing Growth, URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/01/pdf/text.pdf> (letzter Zugriff: 26.07.2010).

Joebges, H./Schmalzbauer, A./Zwiener, R. (2009): Der Preis für den Exportweltmeister Deutschland: Reallohnrückgang und geringes Wirtschaftswachstum, IMK Studies Nr. 4/2009, Düsseldorf, URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_4_2009.pdf (letzter Zugriff: 27.07.2010).

Kalina, T./Weinkopf, C. (2010): Niedriglohnbeschäftigung 2008: Stagnation auf hohem Niveau – Lohnspektrum frant nach unten aus, Duisburg, IAQ-Report Nr. 2010-06, URL: <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2010/report2010-06.pdf> (letzter Zugriff: 23.08.2010).

Leschke, J./Watt, A. (2010): How do institutions affect the labour market adjustment to the economic crisis in different EU countries? ETUI Working Paper 2010.04, Brüssel, URL: <http://www.etui.org/research/content/download/7645/36239/file/10%20WP%202010%2004%20WEB.pdf> (letzter Zugriff: 27.07.2010).

Organisation for Economic Development [OECD] (2010): OECD Economic Outlook, Jg. 2010/1, Nr. 87, URL: <http://lysander.sourceoecd.org/vl=787207/cl=21/nw=1/rpsv/ij/oecdjournals/04745574/v2010n1/s1/p11> (letzter Zugriff: 26.07.2010).

Schulzen, T./Mülhaupt, B. (2003): Nullrunden in den Niederlanden, in: Die Mitbestimmung, Jg. 49 (12), 44-47.

Truger, A./Teichmann, D. (2010): IMK-Steuerschätzung 2010 – 2014. Kein Spielraum für Steuersenkungen. IMK Report Nr. 49, Düsseldorf, URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_49_2010.pdf (letzter Zugriff: 27.7.2010).

Herausgeber: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 0211 7778-331, Telefax 0211 7778-266, IMK@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

Redaktionsleitung: Prof. Dr. Gustav A. Horn
Pressekontakt: Rainer Jung, 0211 7778-150

Druck: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
ISSN 1861-3683

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.